



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Politik Rußlands und Japans in China. Dez. 1910 bis März 1914.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73564](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73564)

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 27. November/10. Dezember 1910. — Nr. 1369.

Sie erhalten eine Abschrift des sehr vertraulichen Berichtes unseres Gesandten in Peking Nr. 104, in dem der Plan eines auf China auszuübenden Druckes entwickelt ist, um China die Verpflichtung aufzuerlegen, den status quo in der Mongolei nicht zu ändern und dort keine militärischen Maßnahmen zu treffen.

Die ganze Frage ist eine sehr verwickelte, und die Lösung derselben in der einen oder andern Richtung wird den Kern unserer Beziehungen zu China berühren. Ebenso wichtig ist dieses Projekt aber auch in internationaler Hinsicht: seine Ausführung hängt, wie schon der Gesandte bemerkt, von einem vorherigen Einverständnis mit den andern Mächten, hauptsächlich mit England und Japan ab.

Ehe wir die Frage in ihrem ganzen Umfang erörtern, möchte ich wissen, wie weit wir auf die Unterstützung oder wenigstens auf die Zustimmung der beiden genannten Mächte rechnen können. Ich bitte Sie daher, ohne der englischen Regierung etwas von unserem Plane mitzuteilen, mir Ihre Beobachtungen über die allgemeine Entwicklung der englischen Politik in ostasiatischen Fragen mitteilen zu wollen: Können wir überhaupt und unter welchen Bedingungen auf englische Unterstützung rechnen, wenn der von unserem Gesandten in Vorschlag gebrachte Plan wirklich zur Ausführung kommen sollte?

Was die Bemerkung unseres Gesandten anbelangt, die Verpflichtung, keine wissenschaftlichen Expeditionen nach Tibet zuzulassen, aufzuheben und dies zum Ausgangspunkt unserer Verhandlungen mit dem Londoner Kabinett zu machen, so teile ich mit, daß die russische Regierung keine Einwendungen erhebt. Doch bitte ich Sie mir mitzuteilen, ob wir nicht doch mit der Erteilung unserer Zustimmung zu dem englischen Vorschlage warten sollten, bis wir den Standpunkt Englands in der von mir angeregten Angelegenheit kennengelernt haben.

**Protokoll einer besonderen Ministerratsitzung in Petersburg vom
19. November/2. Dezember 1910.**

Der Außenminister berichtet, daß die Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrages mit China wahrscheinlich große Schwierigkeiten hervorrufen werden, da die chinesische Regierung die Absicht an den Tag legt, neben rein kommerziellen auch eine ganze Reihe politischer Fragen aufzuwerfen. Dies hat das Außenministerium veranlaßt, die rein politischen Fragen auszuschalten und sie zum Gegenstand besonderer, dem eigentlichen Handelsvertrag vorhergehender Besprechungen zu machen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer möglichst raschen Lösung der politischen Fragen; es wird hierbei nötig sein, die Forderungen an China in ein Ultimatum zu kleiden, was seinerseits die Notwendigkeit hervorrufen wird, die russischen Forderungen mit Waffengewalt zu unterstützen. Der Außenminister wünscht die Meinung des Ministerrates zu kennen, ob ein solches Programm in militärischer und finanzieller Hinsicht gebilligt wird und ob die zu diesem Zwecke in Aussicht genommenen militärischen Maßnahmen an der chinesischen Grenze die Zustimmung der Regierung finden.

Der Ministerpräsident weist auf den Unterschied hin, der zwischen dem Standpunkt des Kriegsministeriums und dem Außenministerium besteht; während letzteres von der Wahrung nur unserer vertraglichen Rechte spricht, weist der Kriegsminister aus strategischen Gründen auf die Notwendigkeit einer Annexion der Nord-Mandschurei durch Rußland hin. Sollte der Standpunkt des Kriegsministers angenommen werden, so muß man ohne weiteren Zeitverlust alle vorbereitenden Maßregeln zur Annexion dieses Landes treffen. Vom allgemeinen Standpunkt aus findet eine solche Handlungsweise nicht die Zustimmung des Ministerpräsidenten; wenn jedoch der Kriegsminister recht hat, daß wir Gefahr laufen, falls wir den jetzigen günstigen Zeitpunkt nicht benutzen, zuerst aus der Mandschurei und dann auch aus dem Usurigebiet verdrängt zu werden, so muß uns diese Erwägung veranlassen, alle Maßregeln zur Annexion der nördlichen Mandschurei zu treffen, da der Besitz dieses Gebietes uns zur Verteidigung unserer ostasiatischen Besitzungen unumgänglich notwendig ist.

Der Kriegsminister bestätigt, daß nach seinen Informationen die Lage Rußlands in der Mandschurei eine äußerst schwierige sei. Japan trifft offen Maßnahmen zur Besitzergreifung der südlichen Mandschurei. China hat die Reorganisation seiner Streitkräfte in der Mandschurei begonnen, mit der Absicht, unsere Eisenbahnverbindungen in diesem Lande unterbrechen zu können, ehe wir imstande sind, sie durch schnelle Verstärkung unseres längs der ganzen Linie verteilten Grenzkorps zu schützen. Die fortschreitende Kolonisation der Mandschurei durch die Chinesen verfolgt gleicherweise strategische Ziele. Unter diesen Umständen ist die Konzentration unserer Armee nur westlich von den Rhingianischen Bergen möglich, von wo unsere Truppen den Kriegsschauplatz nur nach einer sehr schwierigen Überschreitung der Hügelkette erreichen können. Der Kriegsminister ist der Ansicht, daß der jetzige Augenblick für uns um so günstiger ist, uns im Einvernehmen mit Japan in den Besitz der Mandschurei zu setzen, als die Japaner offensichtlich die Annexion der südlichen Mandschurei vorbereiten. Auf diese Weise würde der Anwesenheit chinesischer Streitkräfte in der Nähe unserer Eisenbahnverbindungen und auch der chinesischen Kolonisation ein Ende gesetzt werden. Ist die Annexion der nördlichen Mandschurei jetzt unmöglich, so wäre es für uns besser, uns freiwillig aus diesem Gebiete zurückzuziehen, ehe wir durch Gewalt dazu gezwungen werden.

Der Außenminister erklärte, er wäre vollkommen damit einverstanden, daß die Annexion der nördlichen Mandschurei für uns eine Notwendigkeit darstellt, doch hält er den jetzigen Augenblick für ungünstig, da Amerika, England und vielleicht sogar Japan sich unserm Plane widersetzen würden und wir von keiner Seite Unterstützung zu erwarten hätten. Er halte unsere strategische Lage im fernen Osten für nicht gefährlich: ein Angriff Japans sei nicht vor auszusehen, da wir mit diesem Lande soeben ein politisches Abkommen geschlossen haben und Japan andererseits mit der Absorbierung Koreas vollauf beschäftigt sei. Was die chinesischen Streitkräfte anbelangt, so sind sie in der Mandschurei wenigstens noch nicht entwickelt, und finanzielle Erwägungen hindern China an der schnellen Reorganisation seiner Armee. Endlich sind wir von den in Chili konzentrierten chine-

fischen Hauptstreitkräften durch die südliche Mandschurei getrennt: natürlich würden die Japaner den Durchzug der chinesischen Armee durch ihre Interessensphäre nicht zulassen. Viele Jahre werden vergehen, ehe China uns gefährlich werden könnte.

Der Handelsminister wies darauf hin, daß die Annektion der nördlichen Mandschurei mit dem Risiko eines großen Krieges verbunden sei. Zu einem solchen ist jedoch Rußland im gegenwärtigen Augenblick nicht vorbereitet.

Der Finanzminister weist auf die beständige Nervosität in unsern ostasiatischen Grenzgebieten hin. Vor drei Jahren hielt der Generalgouverneur des Amurgebietes einen Krieg mit Japan für unvermeidlich: jetzt befinden wir uns jedoch in durchaus normalen Beziehungen zu diesem Staate. Man muß sich Rechenschaft geben, wer uns im fernen Osten bedrohen kann. Durch den Abschluß des Vertrages vom 21. Juni haben wir unser Vertrauen zur japanischen Politik bezeugt, und wir brauchen in nächster Zeit nicht mit einem Kriege mit diesem Lande zu rechnen. Aus demselben Grund ist auch die Möglichkeit eines gemeinsamen japanisch-chinesischen Angriffs auf uns ausgeschlossen. Bleibt nur China allein, jedoch gegen die unbedeutenden chinesischen Streitkräfte genügen die 29 000 Mann des Grenzkorps, die sich auf die Militärbezirke Irkutsk und Amurgebiet stützen, um die ostchinesische Bahn vor einer plötzlichen Unterbrechung zu schützen. Kollowzew ist um so mehr mit dem Standpunkt des Außenministers einverstanden, als derselbe seiner eigenen Politik während der letzten vier Jahre entspricht. Wir müssen natürlich unsere vertraglichen Rechte in China mit allen Kräften schützen. Wenn nötig, müssen wir zur gewaltsamen Einsetzung unserer Konsuln oder zu anderen derartigen energischen Maßnahmen greifen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß China jedesmal nachgegeben hat, wenn wir im Bewußtsein unseres Rechtes ihm kategorische Forderungen gestellt haben. Eine solche Politik wird stets von der öffentlichen Meinung in Rußland gebilligt werden, und wird auch von seiten der anderen Großmächte keinen offenen Widerspruch hervorrufen. Die Losreißung einer Provinz von China kann durch juristische Erwägungen nicht gerechtfertigt werden. Wir wissen, wie teuer derartige Annektionen zu stehen kommen und zu welchen internationalen Verwicklungen sie führen. Der

Zweck einer solchen Annexion wird in Rußland nicht verstanden werden. Man kann natürlich nicht behaupten, daß die nördliche Mandschurei niemals von Rußland annektiert werden wird: die künftigen politischen Ereignisse können uns hierzu nötigen, wenn gleichzeitig eine günstige politische Konjunktur eintritt. Aber indem wir jetzt alle unsere vertraglichen Rechte in der Mandschurei verteidigen, können wir die soeben erwähnte Möglichkeit am besten vorbereiten. Wir müssen uns nicht aus der Mandschurei zurückziehen, sondern unsere Stellung in diesem Lande zu befestigen suchen, um im gegebenen Augenblick unsere dortigen Aufgaben den Umständen gemäß erfüllen zu können. Indem Kozowzew auf diese Weise für die Annahme des politischen Programms des Außenministers eintritt, ist er jedoch der Ansicht, daß es uns nicht gelingen wird, einen Zollkrieg mit China zu vermeiden, welches bei der Revision des Petersburger Handelsvertrages für uns unannehmbare Forderungen stellen wird, bis wir ihm die Überzeugung beibringen, daß seine Hartnäckigkeit zu keinem Resultat führen kann.

Der Handelsminister berichtet über die vorbereitenden Arbeiten der ihm unterstellten Kommission zur Revision des Handelsvertrages. Diese Kommission hält einen Zollkrieg wenn nicht für wahrscheinlich, so doch für möglich. Deshalb ist es durchaus wünschenswert, alle politischen Fragen abzusondern und auf einer schnellen Erledigung derselben zu bestehen.

Unter Berücksichtigung aller dieser Erwägungen nimmt der Ministerrat den Vorschlag des Außenministers an. Was die nördliche Mandschurei anbelangt, so hält der Ministerrat eine Annexion im jetzigen Zeitpunkt für gefährlich, ist jedoch der Ansicht, daß der Gang der Ereignisse uns zu einer solchen zwingen kann. Alle Ministerien müssen daher von der Erwägung ausgehen, daß unsere vertraglichen Rechte in der nördlichen Mandschurei voll gewahrt werden müssen, um gegebenenfalls zur Annexion in einem späteren Zeitpunkte schreiten zu können.

Der Ministerrat billigt die vom Außenminister vorgeschlagenen Maßnahmen, um auf China einen Druck auszuüben. Aber nötigenfalls muß man auch vor Zwangsmaßnahmen nicht zurückschrecken. Außerdem wies der Ministerrat darauf hin, daß gegen den Verkauf von billigem Spiritus an den Ufern des Amur vorzugehen

sei, da dieser Handel einen demoralisierenden Einfluß auf die russische Bevölkerung ausübt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Tokio vom 27. November/10. Dezember 1910. — Nr. 1742.

Mit dem nächsten Kurier erhalten Sie Mitteilung über einen besonderen Ministerrat, in dem beschlossen worden ist, unsere vertraglichen Rechte in China zu wahren und zu diesem Zwecke selbst solche Mittel der chinesischen Regierung gegenüber anzuwenden, wie militärische Demonstrationen an der Grenze und gewaltsame Einsetzung unserer Konsuln in denjenigen Gebieten, in denen die Chinesen sie nicht zulassen wollen. Ich habe gestern den japanischen Botschafter benachrichtigt, daß der Augenblick gekommen ist, von Japan die Erfüllung der uns anlässlich der Annexion Koreas gemachten Versprechungen zu verlangen. Der japanische Botschafter hat uns versichert, daß seine Regierung unser Recht, alle uns nötig erscheinenden Maßnahmen zu treffen, anerkennt, und daß uns jegliche Unterstützung zuteil werden wird. Ich bitte Sie, dem Außenminister eine ähnliche mündliche Erklärung abzugeben und mir über das Resultat Ihrer Unterredung telegraphisch zu berichten.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 4./17. Dezember 1910. — Nr. 206.

Ihr Telegramm Nr. 1742 erhalten. Nachdem Komura meine Mitteilung entgegengenommen hatte, erklärte er mir, der japanische Botschafter in Petersburg hätte ihm seine Unterredung mit Ihnen nur in allgemeinen Zügen mitgeteilt, ohne die von ihm gegebene Antwort zu erwähnen. Komuras Standpunkt ist folgender: Nach Abschluß des letzten Vertrages zwischen Rußland und Japan haben sich die chinesische Regierung und die chinesische Nation diesen beiden Staaten gegenüber sehr argwöhnisch gezeigt. Deshalb könnte ein starker von uns auf China ausgeübter Druck eine Schwenkung der Politik Chinas zur Folge haben und dieses Land in die Arme Amerikas und Deutschlands treiben. Gerade die Schwäche Chinas sei gefährlich, und obwohl es zweifelhaft sei, daß Amerika und Deutschland mit China ein

politisches Abkommen schließen werden, so muß man doch voraussehen, daß unser Druck auf China den beiden genannten Mächten die Möglichkeit geben wird, sich materielle Vorteile und eine Vorzugsstellung in Peking zu sichern. Infolgedessen hofft Komura, daß Rußland die Möglichkeit dieser gefährlichen Folgen im Auge behalten wird. Auch Japan hat noch verschiedene Fragen in der Mandschurei zu regeln, aber es bemüht sich, das chinesische Mißtrauen zu zerstreuen und möglichst maßvoll aufzutreten. Da Komura von der Solidarität der russischen und japanischen Interessen im fernen Osten überzeugt ist, so wünscht er unsere Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die jetzige Lage Chinas große Geduld und Vorsicht von unserer Seite nötig macht. Auf meine Frage, ob Rußland auf die Unterstützung Japans in Peking rechnen könne, wie dies der japanische Botschafter in Petersburg in Aussicht gestellt hat, erwiderte Komura, Japan sei prinzipiell bereit, uns in jedem einzelnen Falle zu unterstützen, nachdem wir es mit den Einzelheiten desselben bekannt gemacht haben würden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in China vom 10./23. Dezember 1910. — Nr. 1793.

Die jetzige Lage der Dinge läßt es nicht wünschenswert erscheinen, ein Kompromiß mit China zuzulassen. Ich bitte Sie, dem chinesischen Minister mündlich zu verstehen zu geben, daß die chinesische Antwort uns nicht befriedigen kann und daß wir zu weitergehenden Mitteln greifen müssen. Wir brauchen jedoch die Versuche Chinas, uns wenigstens teilweise entgegenzukommen, nicht direkt zurückzuweisen. Zu Ihrer persönlichen Information teile ich Ihnen mit, daß wir zusammen mit dem Kriegsministerium die Zusammenziehung unserer Truppen in Djarfend und Ussin begonnen haben.

Telegramm des russischen Gesandten in China an den russischen Außenminister vom 11./24. Dezember 1910. — Nr. 645.

Wenn wir der japanischen Regierung Einzelheiten über strittige Fragen in China mitteilen, so würde dies zur unmittelbaren Einmischung Japans in Fragen führen, die wir bisher

vor jeder fremden Einmischung bewahrt haben. Ich sehe voraus, daß dies unsere Politik in China stark beeinträchtigen würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in China vom 24. Jan. / 6. Februar 1911.

Wenn China unser Ultimatum ablehnt, so beabsichtigen wir eine militärische Demonstration in Jli und sehen von der Besetzung des Gebietes von Urianhai ab. Die hierzu nötigen Truppenbestände werden erst zum 1. März bereit sein. Bis zu diesem Zeitpunkt erscheint es nicht wünschenswert, unsere Truppen über die chinesische Grenze in Jli vorrücken zu lassen, da man die Möglichkeit eines Mißerfolges bei der Stadt Suidun in Betracht ziehen muß.

Wir haben deshalb die Absicht, das Ultimatum ohne Bestimmung einer Frist in den ersten Tagen des Februar an China zu richten, das heißt, ehe man die Kündigung des Petersburger Handelsvertrages durch China erwarten kann, um nicht den Anschein zu erwecken, daß unser Ultimatum die Antwort auf die chinesische Kündigung ist. Wird das Ultimatum abgelehnt, so werden wir es wiederholen und als Termin seiner Erfüllung den 1. März bezeichnen. Wenn die Chinesen trotzdem den Handelsvertrag kündigen werden, so werden wir uns einer Revision desselben widersetzen, bis China die von uns gestellten Forderungen angenommen haben wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 7./20. Februar 1911. — Nr. 43.

Bis jetzt hat die öffentliche Meinung in England unsern Schwierigkeiten in China nur geringe Beachtung geschenkt, und es besteht hier keine Beunruhigung. Abgesehen von dem ersten Artikel in der Times, haben sich die Zeitungen mit dieser Frage nicht weiter befaßt. Ein heute in der Times erschienener Artikel drückt die Erwartung aus, daß die chinesische Antwort, so wie sie vom englischen Korrespondenten nach London telegraphisch mitgeteilt worden ist, der Hoffnung Raum läßt, daß ein friedlicher Ausgleich gefunden werden wird. Grey hat mit mir über diese Frage nicht gesprochen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 8./21. Februar 1911. — Nr. 172.

Unser Gesandter in Peking hat uns die Antwort der chinesischen Regierung auf unser Ultimatum mitgeteilt. Diese Antwort kommt unsern Forderungen entgegen und kann im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden, obwohl noch einige Unklarheiten vorhanden sind, die den Gegenstand von weiteren Verhandlungen bilden werden.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Peking vom 19. März/1. April 1911. — Nr. 368.

Der soeben beigelegte scharfe Konflikt zwischen uns und China hat aufs neue die Fragen der Sicherung unserer ostchinesischen Eisenbahn und unserer Lage in der Mandschurei selbst aufgeworfen. Obwohl die Mitteilungen des Generals Rhorwat auf die Übertriebenheit der in der Presse geäußerten Befürchtungen hinweisen und den Umstand betonen, daß sich nur schwache chinesische Kräfte in nächster Nähe unserer Eisenbahn befinden, hält das Kriegsministerium es für notwendig, unsere Truppen in der enteigneten Zone zu verstärken und starke Abteilungen in Tsitsikar und Echo zusammenzuziehen.

Unsere Verhandlungen mit der japanischen Regierung berechtigen uns zu der Hoffnung, daß Japan keine Einwendungen gegen die Pläne unseres Kriegsministeriums erheben wird.

Diese Maßregeln werden den Gegenstand einer besonderen Beratung der Minister bilden, und ich bitte Sie, mich telegraphisch von Ihrer Ansicht zu verständigen. Es wäre für uns besonders wünschenswert, genaue Nachrichten über chinesische und vor allem japanische militärische Maßnahmen in der Mandschurei zu erhalten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Tokio vom 16./29. April 1911. — Nr. 518.

Ich habe den hiesigen japanischen Botschafter auf die Befürchtungen hingewiesen, die die Tätigkeit Chinas in der Mandschurei bei uns hervorrufen, namentlich die chinesische Kolonisation, die Aufnahme einer Anleihe und die Verstärkung der chinesischen Streitkräfte in dieser Provinz. Unsere militärischen

Kreise sind der Ansicht, daß letztere schon jetzt genügend stark sind, um unsere Eisenbahnverbindungen zu zerstören. Ich fragte den Botschafter, wie sich seine Regierung zu den militärischen Maßnahmen Chinas stellt.

Motono hat mir geantwortet, daß die chinesischen Truppen in der Mandschurei quantitativ und qualitativ keine Gefahr bedeuten. Er hält es für ausgeschlossen, daß die Chinesen uns oder die Japaner angreifen würden. Eine Gefahr sieht er nur von seiten Amerikas voraus, dessen Flotte nach Fertigstellung des Kanals von Panama im Stillen Ozean so stark sein wird, daß die japanische Flotte wohl eine Verteidigung, aber keinen Angriff zu führen imstande sei. Der Botschafter glaubt, daß Rußland und Japan ihre Lage in China endgültig vor dem Eintritt dieses Zeitpunktes regeln müssen. Er ist bereit, als Vermittler zu dienen, um unsere Wünsche der japanischen Regierung gegenüber zu vertreten, ist jedoch der Ansicht, daß die Verhandlungen über die zum Schutze unserer Interessen in der Mandschurei zu treffenden Maßnahmen in Tokio geführt werden müssen. Ich bitte Sie, den Außenminister mit unsern Befürchtungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der chinesischen Armee bekannt zu machen und die japanische Regierung zu fragen, wie sie sich zu unserm Gedanken eines Abkommens zwischen Rußland, Japan und China stellt, um die Zahl und die Verteilung der chinesischen Truppen im Gebiete der mandschurischen Eisenbahnen genau festzustellen und auf diese Weise die in unserem Abkommen vom 21. Juni 1910 in Aussicht genommene Wahrung des status quo in der Mandschurei weiterzuentwickeln.

Da meine Besprechungen mit dem japanischen Botschafter nur vorbereitenden Charakter hatten, so bitte ich Sie, sich Ihrerseits konkreter Vorschläge zu enthalten. Ich bitte Sie hauptsächlich feststellen zu wollen, welche Ziele die Instruktionen verfolgen, welche dem soeben nach Peking zurückgekehrten japanischen Vertreter gegeben worden sind.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 4./17. Juli 1911.

Ich habe soeben mit Sir A. Nicolson eine sehr vertrauliche Unterredung über die Erneuerung der englisch-japanischen Allianz

gehabt. Ich sagte ihm, daß wir uns über den veränderten Text des Vertrages nicht wundern, da dies augenscheinlich eine Folge des beabsichtigten Schiedsgerichtsvertrages mit den Vereinigten Staaten sei. Was jedoch die Verlängerung des Vertrages selbst anbelange, so könne man in Rußland nicht vergessen, daß der ursprüngliche Allianzvertrag eine Vorichtsmaßregel gegen einen eventuellen Konflikt zwischen Rußland und England bedeutete, wie mir dies Lord Lansdowne selbst einmal in einem Privatbriefe mitgeteilt hat.

Sir Arthur entgegnete, daß in England niemand an die Möglichkeit einer Rückkehr zu den früheren Beziehungen zwischen Rußland und England glaube und daß solche Erwägungen bei der Erneuerung des Bündnisses mit Japan nicht mitgespielt haben. In Wirklichkeit handele es sich um eine sehr heikle Frage, die speziell die Kolonien, d. h. Australien, betreffe. In Anbetracht des Umstandes, daß die Gesetze in den englischen Kolonien der gelben Rasse wenig Entgegenkommen zeigen, hätte ein Erlöschen des Vertrages zu ernststen Reibungen führen können, die für England wenn nicht eine direkte Kriegsgefahr, so doch eine beständige Unruhe bedeuteten hätten.

Der soeben erneuerte Vertrag ist eine Garantie gegen alle möglichen Zufälligkeiten, und in diesem Sinne findet die Erneuerung in England lebhafteste Zustimmung. Es ist, sagte er, eine Garantie gegen die schlechte Laune Japans, welche durch die schlechte Behandlung der Japaner, vor allem in Australien, hervorgerufen wird.

Sir Arthur fügte hinzu, auch eine andere Erwägung habe mitgesprochen. Seit Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses habe England seine Seestreitkräfte im fernen Osten bedeutend vermindern und seine Flotte in europäischen Gewässern in demselben Maße verstärken können. Auf diese Weise besitze England eine wichtige Garantie für die Erhaltung des Friedens im fernen Osten und sei in die Lage versetzt worden, seine Seestreitkräfte dort zu stärken, wo man sie gegebenenfalls brauchen werde.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 12./25. Januar 1912. — Nr. 33.

Der bevorstehende Regierungswechsel in China führt uns zu der Erwägung, daß wir diesen günstigen Augenblick benutzen müssen, um eine ganze Reihe zwischen Rußland und China schwebender Fragen zu erledigen.

Ich habe diesen Gedanken in einem Memorandum niedergelegt und Seiner Majestät unterbreitet. Der Kaiser hat meine Erwägungen zu bestätigen geruht. Ich bringe dies zu Ihrer persönlichen Kenntnis, füge jedoch hinzu, daß die konkreten Entschlüsse der russischen Regierung erst dann erfolgen können, wenn wir ein Einvernehmen mit dem Kabinett von Tokio erzielt haben werden.

Memorandum des russischen Außenministers vom 10./23. Januar 1912.

Die Nachrichten aus Peking lassen die bevorstehende Abdankung der herrschenden Dynastie und die Übernahme der Regierung durch Juanshikai voraussehen. Auf diese Weise entsteht die Frage der Anerkennung der neuen Regierung von seiten der übrigen Mächte. Unser Geschäftsträger hat bereits feststellen können, daß die Vertreter der in China am meisten interessierten Staaten es für nötig halten, die Anerkennung der Regierung Juanshikais von der Sicherstellung der Rechte der Ausländer in China abhängig zu machen. Man muß annehmen, daß Juanshikai gezwungen sein wird, in der einen oder andern Weise diesen Wünschen Rechnung zu tragen, da seine Regierung, die nicht in allen Teilen Chinas Zustimmung findet, ausländischer Hilfe in der Form der Gewährung von Anleihen zur Unterdrückung der Unruhen dringend bedarf. Besondere Bedeutung für Juanshikai haben Rußland und Japan, welche als Nachbarstaaten Chinas in diesem Lande größere politische Interessen besitzen als alle anderen Mächte. Rußland und Japan müssen daher den gegenwärtigen günstigen Augenblick dazu benutzen, ihre Stellung in China zu kräftigen und auf diese Weise die chinesische Regierung daran verhindern, sich, wie in den letzten Jahren, den russischen und japanischen politischen Interessen beständig zu widersetzen.

Dieser Widerstand von seiten Chinas hat seinerzeit die russische Regierung auf den Gedanken gebracht, die Stellung Rußlands im fernen Osten durch die Gewalt der Waffen und durch die Annexion einzelner chinesischer Gebiete so weit zu stärken, daß Rußland Verwicklungen in Ostasien nicht weiter zu befürchten braucht, wenn es genötigt wäre, seine Kräfte an andern Punkten anzusetzen. Die Lostrennung und Annexion weiter Gebiete wurde jedoch von uns stets als eine äußerste Maßnahme angesehen. Der jetzige Zeitpunkt erscheint aber geeignet, das gewünschte Resultat auf diplomatischem Wege ohne gewaltsame Annexion chinesischer Gebiete zu erreichen.

Die mandschurische Frage nimmt die erste Stelle ein. Hier mußten wir ganz besonders den Widerstand Chinas befürchten. Wir müssen deshalb jetzt versuchen, uns gegen ein feindliches Vorgehen Chinas in der Mandchurei zu schützen. Da unsere Interessen in der Mandchurei mit denen Japans übereinstimmen und wir mit letzterem in den Jahren 1907 und 1910 politische Verträge abgeschlossen haben, so wird unsere Aufgabe durch ein Zusammengehen mit Japan entschieden erleichtert. Man muß in Betracht ziehen, daß sowohl Juanshikai als auch die revolutionäre Partei in China angedeutet haben, daß sie eventuell unsere Stellung in der Mandchurei anzuerkennen bereit wären.

Zu diesem Zwecke müssen wir uns mit Japan über unsere gegenseitigen Wünsche einigen. Unsererseits müssen wir versuchen, von China die Zusicherung zu erhalten, in folgenden Fragen ein Einvernehmen mit uns herzustellen: 1. Eisenbahnbauten in der Mandchurei und in der benachbarten inneren Mongolei; 2. die Zahl und die Verteilung der chinesischen Streitkräfte in der Mandchurei; 3. die Anerkennung von seiten der chinesischen Regierung, daß der ostchinesischen Eisenbahn das Recht zusteht, nicht nur in rein technischen Eisenbahnfragen selbständig zu handeln, sondern auch die ganze Administration in der enteigneten Zone zu übernehmen.

Diese drei Punkte müssen, genau umschrieben, China vorgelegt werden.

Von diesen drei Punkten kann nur die Eisenbahnfrage die Japaner direkt interessieren: die chinesischen Rüstungen können bei ihnen keine Beunruhigung hervorrufen; auch haben sie keinen

Grund, mit der Lage der Dinge in der enteigneten Zone der südmandschurischen Eisenbahn unzufrieden zu sein. Man muß voraussehen, daß die Japaner die Anerkennung der Regierung Juanshitais mit der für sie sehr wichtigen Frage der Pachtdauer der Halbinsel von Kwantung in Verbindung bringen werden. Sie werden versuchen, einen längeren Termin als 25 Jahre auszubedingen. Eine solche Forderung widerspricht nicht unsern Interessen, und wir hätten keinen Grund, ihr entgegenzutreten.

Eine andere Frage, die wir anläßlich der Anerkennung der neuen chinesischen Regierung zu regeln versuchen müssen, ist die Revision des Petersburger Handelsvertrages. Wenn es uns gelingt, bei Erneuerung desselben seine Grundzüge beizubehalten, die die Basis unserer politischen Tätigkeit im äußern China bilden, so werden wir damit nicht bloß die Sicherung unserer handelspolitischen Interessen erreichen, sondern auch der weiteren Entwicklung der mongolischen Frage im Sinne des Fortbestehens der Mongolei als eines autonomen Bestandteiles des chinesischen Reiches Vorschub leisten. Die endgültige Regelung dieser verwickelten und speziell russische Interessen berührenden Frage muß auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, denn wir müssen hierbei unsere politischen Interessen in Erwägung ziehen, die dem Prinzip der Erhaltung der territorialen Integrität Chinas direkt zuwiderlaufen. Auf diese Weise werden die Chinesen daran verhindert werden, ihre Gewalt über diese Gebiete wiederherzustellen. Wenn wir im Einvernehmen mit Japan vorgehen, so werden wir um so eher auf die Erfüllung unserer Wünsche rechnen können, als es uns gelingen wird, uns der Unterstützung des uns verbündeten Frankreichs zu vergewissern, ebenso wie England seine Unterstützung Japan zuteil werden lassen könnte.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 14./27. Dezember 1911. — Nr. 1331.

Während meiner letzten Anwesenheit in Paris haben die Direktoren der Banque Indo-Chine und des Comptoir National d'Escompte darauf hingewiesen, wie wünschenswert es sei, wenn eine russische und eine japanische Finanzgruppe dem „Bierer-syndikat“ beitreten würde. Unsere beiden Gruppen könnten

einen gleichen Anteil wie die übrigen erhalten. Sowohl der französische Außenminister als auch die genannten Direktoren erklärten, daß wir auf diese Weise den Haupteinfluß im Syndikat erhalten würden, da die russische Gruppe mit der französischen und japanischen und oft auch mit der englischen solidarisch vorgehen würde.

Ich habe keine endgültige Antwort gegeben und mir vorbehalten, diese Frage mit unserem Finanzminister zu besprechen. Aber schon in meiner Unterredung mit dem französischen Außenminister habe ich ihm gesagt, daß ich keinen Nutzen in unserm Beitritt zum Syndikat sähe, da wir vielleicht nur mit der französischen Gruppe vollkommen solidarisch wären, während die Japaner und Engländer oft unabhängig von uns handeln würden und die Deutschen und hauptsächlich die Amerikaner eine uns feindliche Haltung einnehmen könnten. Ich glaube auch, habe es aber dem französischen Minister nicht gesagt, daß die französische Gruppe hauptsächlich bestrebt ist, finanzielle Vorteile zu erzielen, und uns nicht helfen würde, Projekte zu Falle zu bringen, die für uns zwar unangenehm wären, ihnen aber finanzielle Vorteile versprechen würden. Außerdem habe ich dem Minister gegenüber Zweifel geäußert, daß wir und die Amerikaner uns an ein und derselben finanziellen Aktion in China beteiligen könnten, da die amerikanischen Bankhäuser uns direkt feindliche politische Ziele im fernen Osten verfolgen.

Aus der vorhergehenden Korrespondenz ist Ihnen die ablehnende Haltung der russischen Regierung gegenüber dem englisch-französisch-deutsch-amerikanischen Syndikat bekannt. Wir versuchen dieses Syndikat aufzulösen, indem wir die französische Gruppe zum Austritt bewegen, und wären nur in dem Falle bereit, uns an dem Syndikate zu beteiligen, wenn letzteres in der Weise umgebildet würde, daß uns in den Unternehmungen im Norden der großen chinesischen Mauer eine Vorzugsstellung eingeräumt würde. Die mir vom französischen Außenminister gemachten Vorschläge würden dies Ziel in keiner Weise erreichen, da wir unsere Einflußsphäre in China vor dem Eindringen uns feindlicher finanzpolitischer Einflüsse nicht schützen könnten und sogar unsere Stimme bei Entscheidungen des Syndikats keinen entscheidenden Einfluß haben würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 5./18. März 1912. — Nr. 475.

Wenn wir dem Internationalen Syndikat gestatten, China schon jetzt eine Anleihe zu gewähren, bevor die Regierung Zuanshikais von den Mächten offiziell anerkannt worden ist, so ist die Frage der Anerkennung in positivem Sinne entschieden, ehe wir die Möglichkeit haben, die in Aussicht genommenen politischen Vorbedingungen zu stellen. Auf diese Weise werden staatliche Interessen den privaten Interessen von Bankhäusern untergeordnet. Eine solche Tätigkeit des Syndikates wird militärische Rüstungen des asiatischen Reiches gegen europäische Staaten möglich machen. Rußland, als die nächste Nachbarin Chinas, wird dies zuallererst zu fühlen bekommen und wird infolgedessen gezwungen sein, seine ganze Aufmerksamkeit auf den fernen Osten zu lenken. Wir müssen uns deshalb fragen, ob es für uns nicht vorteilhafter sei, uns in dieser Frage abzusondern und von China zu verlangen, daß es auf finanzielle Operationen verzichtet, die wir für schädlich halten, und im Falle einer chinesischen Weigerung unsere Forderung mit Gewalt zu unterstützen. . . . Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne mit Grey auszusprechen und ihm zu bedenken zu geben, ob es den Interessen der Mächte der Tripelentente entspricht, daß Rußland seine Aufmerksamkeit und seine Kraft nach dem fernen Osten ablenken muß.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 9./22. März 1912. — Nr. 508.

In meinem Telegramm Nr. 475 habe ich nicht einen unmittelbaren Konflikt mit China im Auge gehabt. Ich sehe bloß die Möglichkeit einer militärischen Aktion voraus, wenn die chinesische Regierung unter Nichtbeachtung unseres Protestes auf der Verwirklichung einer finanziellen Operation besteht, die ihr vom internationalen Syndikat vorgeschlagen wird. Wir weigern uns indessen nicht, uns offiziell dem Syndikate anzuschließen. Wir können dies aber nur unter Bedingungen tun, die uns erlauben würden, nicht unsere Aufmerksamkeit von unseren Interessen in Europa und der Balkanhalbinsel abzulenken, um sie

der Verteidigung unserer Stellung im fernen Osten zuzuwenden. Wir sind der Ansicht, daß dies ein gemeinsames Interesse der Mächte des Dreiverbandes ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 7./20. April 1912. — Nr. 716.

Anlässlich der Anerkennung unserer speziellen Interessen in China von seiten Englands hat Lord Morley dieselben insofern eingeschränkt, als er von unseren Interessen jenseits der großen Mauer spricht, die sich aus unseren Verträgen mit China ergeben. Diese Einschränkung entspricht nicht unserem Standpunkte. Geographische Lage und ökonomische Entwicklung ziehen diese Gegenden immer mehr zu Rußland hin; daraus ergibt sich für uns eine besondere Stellung, und unsere politischen Interessen haben nicht immer Ausdruck in unseren Abkommen mit China gefunden. Ich bitte Sie, dieses zur Kenntnis der englischen Regierung zu bringen, damit kein Mißverständnis hinsichtlich der Unterstützung entsteht, die wir vom Londoner Kabinett erwarten, wenn wir uns am chinesischen Reorganisationskonsortium beteiligen.

Bericht des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 1./14. Mai 1912. — Nr. 32.

In meinen früheren Telegrammen habe ich die Meinung vertreten, daß es uns nicht möglich sein wird, die mongolische Frage auf rein diplomatischem Wege zu lösen, sondern daß wir unseren Forderungen militärischen Nachdruck werden verleihen müssen.

In Fortsetzung meiner früheren Berichte glaube ich Ihnen heute mitteilen zu können, daß ich mich aus meinen Gesprächen mit meinen ausländischen Kollegen davon habe überzeugen können, daß wir augenblicklich keinen Widerstand von seiten der ausländischen Mächte zu befürchten haben, wenn wir es für nötig erachten sollten, die genannten militärischen Maßnahmen in der nördlichen Mandschurei, in der Mongolei und in Westchina zu ergreifen.

In seinem Brief vom 30. März hat unser Geschäftsträger

Ihnen mitgeteilt, der amerikanische Vertreter habe ihm kategorisch erklärt, daß in seinen Instruktionen nichts enthalten sei, was ihn veranlassen könne, unsere Tätigkeit in der Mongolei und in der Mandschurei zu durchkreuzen. In diesem Sinne hat sich der amerikanische Vertreter auch dem englischen Gesandten gegenüber geäußert. Aus diesem Anlaß hat mir Sir John Jordan mitgeteilt, daß auch keine andere Macht es versuchen würde, sich unsern Maßnahmen zu widersetzen. „Sie können jetzt ohne Zweifel vollkommen unbesorgt in Westchina und in der äußeren Mongolei vorgehen,“ sagte mir mein englischer Kollege, „und nur in der Mandschurei werden Sie den japanischen Interessen und Wünschen Rechnung tragen müssen.“ Dies ist auch die Ansicht der Mehrzahl meiner andern Kollegen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 19. Juni/2. Juli 1912. — Nr. 1233.

Persönlich. Vertraulich. Es besteht die Absicht, mit Japan ein geheimes Abkommen über unsere Interessensphären in der inneren Mongolei zu unterzeichnen. Im Einvernehmen mit der japanischen Regierung teilen wir den Wortlaut der in Aussicht genommenen Redaktion dem französischen und englischen Vertreter mit. Die japanische Regierung wird eine ähnliche Mitteilung in Paris und London machen.

Projekt einer geheimen Konvention zwischen Rußland und Japan hinsichtlich der Mongolei.

Um die Bestimmungen der geheimen Verträge vom 17./30. Juli 1907 und vom 21. Juni/4. Juli 1910 genauer festzulegen und zu vervollständigen und um die Möglichkeit jeden Mißverständnisses hinsichtlich ihrer speziellen Interessen in der Mandschurei und in der Mongolei zu verhindern, haben die russische und die japanische Regierung beschlossen, die in dem Zusatzartikel des Abkommens vom 17./30. Juli 1907 festgesetzte Demarkationslinie zu verlängern und die Sphären ihrer speziellen Interessen in der inneren Mongolei abzugrenzen. Es ist deshalb folgendes vereinbart worden. Artikel 1. Ausgehend von dem Überschneidungspunkt des Flusses Tola-Go und des 122.

Meridians östlich Greenwich folgt die Demarkationslinie dem Laufe der Flüsse Dulountchourh und Moushisha bis zur Wasserscheide der Flüsse Moushisha und Galdaitai; von da folgt sie der Grenze der Provinz Hei-loung-Chiang mit der innern Mongolei, um den äußersten Grenzpunkt der innern und äußern Mongolei zu erreichen. Artikel 2. Die innere Mongolei zerfällt in zwei Teile: den einen im Osten, den anderen im Westen vom Pekingmeridian. Die japanische Regierung verpflichtet sich, die speziellen Interessen Rußlands in der inneren Mongolei im Westen von genanntem Meridian anzuerkennen und zu beobachten; die russische Regierung übernimmt die gleiche Verpflichtung hinsichtlich der japanischen Interessen im Osten des genannten Meridians. Artikel 3. Die vorliegende Konvention wird zwischen den beiden vertragsschließenden Seiten streng geheim bleiben.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen General-Konjul in Durga vom 18./31. August 1912. — Nr. 1694.

Der Kriegsminister hält es für nötig, die Mongolen mit modernen Gewehren gegen entsprechende Bezahlung auszurüsten. Indem Sie den mongolischen Ministern diese Mitteilung zukommen lassen, bitte ich Sie, auf sie einzuwirken, um sie zu verhindern, Waffen aus dem Auslande zu beziehen. Machen Sie sie auch darauf aufmerksam, daß die russischen Gewehre nicht zur Bewaffnung der inneren Mongolei dienen sollen, da dies zwecklos wäre, weil die Chinesen die unbedingte militärische Übermacht in diesem Teile der Mongolei haben. Die Waffen dienen zum Schutze von Kchalkha und der angrenzenden Gebiete der westlichen Mongolei, wobei die Mongolen von unserer Seite auf Unterstützung rechnen können.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen diplomatischen Agenten in der Mongolei vom 8./21. Nov. 1913. — Nr. 3179.

Um die Ausfuhr von ausländischen Waren aus China in die Mongolei möglichst zu erschweren, haben wir unsern Konsuln in diesem Gebiete den Auftrag gegeben, keine Erlaubnis mehr zum Transport von Waren auf der Karawanenstraße zu

erteilen, indem wir diese Maßnahme damit begründen, daß durch die Deklaration vom 23. Oktober eine autonome Mongolei geschaffen worden ist, hinsichtlich deren der Handelstransport noch nicht geregelt werden konnte.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 26. November/9. Dezember 1913. — Nr. 200.

Aus einer langen Unterredung mit Motono habe ich die Überzeugung gewonnen, daß Japan nicht beabsichtigt, uns konkrete Vorschläge hinsichtlich Chinas zu machen. Seine Erklärungen bedeuten, daß Rußland und Japan der chinesischen Regierung und den an deren Mächten deutlich zu verstehen geben müssen, daß sie beide in der Mandschurei und der Mongolei spezielle Interessen haben, auf die sie in keinem Falle verzichten werden. Motono ist der Ansicht, man müsse sich gemeinsam der Aufnahme weiterer Anleihen widersetzen und sich auf alle Fälle an diesen Anleihen nicht beteiligen — womöglich auch Frankreich hierzu veranlassen. Möge China sich selbst überlassen bleiben. In den übrigen China betreffenden Fragen müssen Rußland und Japan gemeinsam mit Frankreich und England vorgehen, doch müßten die beiden erstgenannten Mächte ein engeres Einvernehmen unter sich herstellen, um immer genau über die gegenseitigen Ansichten und Absichten unterrichtet zu sein. Motono glaubt nicht, daß die neue Regierungsform in Peking von Dauer sein werde. Auf meine Frage, welches die Absichten Japans in der innern Mongolei und der südlichen Mandschurei seien, erwiderte er, daß die Annexion der südlichen Mandschurei mit der Zeit von selbst erfolgen werde, man brauche sich deshalb damit nicht zu beeilen; was die Mongolei anbelangt, so ist, wie er glaubt, in Tokio noch kein fester Plan gefaßt worden. Im großen und ganzen finde ich den Botschafter sehr maßvoll, was vielleicht damit zu erklären ist, daß das Projekt der Vergrößerung der japanischen Armee nicht hat verwirklicht werden können, wodurch der militärischen Partei ein großer Schlag versetzt worden ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Peking vom 24. Februar/9. März 1914. — Nr. 417.

Die englische Regierung regte die Frage über eine Revision

unseres Abkommens über Tibet an, und zwar im Sinne der Aufhebung der England beschränkenden Bestimmungen und der Gewährung von Aktionsfreiheit in jenen Gegenden. Ich antwortete, daß wir bereit seien, in eine Prüfung dieser Frage einzutreten, allerdings müßten wir dann andere Zugeständnisse zu unsern Gunsten verlangen. Ich bitte Sie mir zu telegraphieren, ob Sie es für möglich halten, von England irgendeine Kompensation in unserer Interessensphäre zu fordern. Behalten Sie im Auge, daß England sich zuerst auf die Basis der gegenseitigen Anerkennung der Vorzugsstellung Rußlands in der Mongolei und Englands in China stellte. Wir lehnten jedoch eine solche Verhandlungsbasis ab, indem wir darauf hinwiesen, daß Rußland in der Mongolei bereits Aktionsfreiheit besaß, als wir im Jahre 1907 mit England das Abkommen über Tibet abschlossen.

Telegramm des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 26. Februar/11. März 1914. — Nr. 104.

Die einzige Kompensation von Seiten Englands für unsere Anerkennung seiner Aktionsfreiheit und seiner Sonderstellung in Tibet, auf die ich hinweisen könnte, wäre seine Anerkennung unserer ausschließlichen Einflußsphäre in der nördlichen Mandschurei, der Mongolei und dem westlichen China außer Kaschggar, sowie die Verpflichtung, uns nicht an der Ausführung unserer Pläne in diesen Gebieten zu hindern und selbst keine Ziele zu verfolgen, welche von uns als mit unseren Interessen unvereinbar angesehen werden müssen. Wenn dies eine annehmbare Kompensationsbasis darstellen würde, so könnten die Engländer vielleicht außerdem noch eine ähnliche Verpflichtung bezüglich des Tales von Jansda eingehen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Peking vom 1./14. März 1914. — Nr. 471.

Nach Prüfung der Frage unserer Eisenbahnpolitik in der Mandschurei halten wir es für notwendig, von der chinesischen Regierung das Versprechen zu erhalten, Rußland das Vorzugsrecht zum Bau folgender Linien zu gewähren: 1. Blagowesch-

tshensst—Kharbin mit einer Zweiglinie nach Tsitsikar; 2. Kharbin—Boduno; 3. Imjanowpo—Nan—Tjan—Mun an dem untern Laufe des Sungari; 4. Tsitsikar—Boduno; 5. Zuführungslinien zu der chinesischen Ostbahn in Barga. Über die Mittel zum Bau dieser Linien ist noch kein Beschluß gefaßt worden; doch schließt dies nicht die Möglichkeit aus, eine besondere Gesellschaft nach dem Muster Englands, Frankreichs und Belgiens zu bilden und den Bau unter denselben Bedingungen auszuführen, wie in der letzten Zeit die Eisenbahnen im Innern Chinas von Ausländern gebaut worden sind.

Da die Vertreter der Großmächte sich bei Eisenbahnkonzessionen gleichzeitig das Recht der Ausbeutung der Naturschätze Chinas gesichert haben, so hat der Ministerrat es für wünschenswert erachtet, von der chinesischen Regierung das prinzipielle Einverständnis zu erlangen, daß den russischen Konzessionären das Recht der Ausbeutung der Berg-, Wald- und übrigen Reichtümer im Bereiche der genannten Linien zugestanden wird.

Ich bitte Sie, mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten in entsprechende Verhandlungen zu treten, indem Sie darauf hinweisen, daß wir einstweilen nur ein prinzipielles Versprechen der chinesischen Regierung in obigem Sinne zu erhalten wünschen.

Telegramm des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 3./16. März 1914. — Nr. 116.

Ihr Telegramm Nr. 471 erhalten. Ich habe mit dem auswärtigen Minister in dem mir vorgeschriebenen Sinne wegen der Frage unserer Eisenbahnbauten in der Mandschurei gesprochen. Er versprach mir, nach Beratung der Angelegenheit im Ministerrat Antwort zu geben; einstweilen beschränkte er sich auf die Bemerkung, daß in den andern Übereinkommen bezüglich Eisenbahnbauten von einer Ausbeutung der Naturschätze nicht die Rede sei, mit Ausnahme des Übereinkommens über die Schantung-Eisenbahn mit den Deutschen, die jedoch jetzt auf ihre diesbezüglichen Rechte verzichtet hätten.